

16. Wahlperiode

Plenar- und Ausschussdienst

Inhaltsprotokoll

Ausschuss für Inneres, Sicherheit und Ordnung

60. Sitzung
3. Mai 2010

Beginn: 10.04 Uhr
Ende: 12.18 Uhr
Vorsitz: Peter Trapp (CDU)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll!

Punkt 1 der Tagesordnung

- | | | |
|----|---|---|
| a) | Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Polizeiliche Einsätze am 30. April und 1. Mai
(auf Antrag aller Fraktionen) | 0232
InnSichO |
| b) | Antrag der Fraktion der FDP
Für ein tolerantes Berlin, gegen politischen Extremismus (I) – Linke Gewalt endlich wirksam bekämpfen!
Drs 16/3068 | 0227
InnSichO(f)
+VerfSch |
| c) | Antrag der Fraktion der FDP auf Annahme einer EntschlieÙung
Linksextremistische Gewalt und Brandanschläge müssen geächtet und dürfen nicht politisch gerechtfertigt werden
Drs 16/3105 | 0225
InnSichO(f)
+VerfSch |

Senator Dr. Ehrhart Körting (SenInnSport) dankt den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Berliner Polizei, der Bundespolizei und der Polizeien der anderen Bundesländer für ihren hervorragenden Einsatz. Die Gewalttätigkeiten, die insgesamt geringer gewesen seien als im Vorjahr, hätten schnell beendet werden können, unter anderem dadurch, dass schon von Anfang an die Zahl der zur Verfügung stehenden Polizeikräfte bekannt gewesen sei und diese schon früh hätten eingewiesen werden können. Insgesamt hätten alle Polizeikräfte gelassen reagiert. Die verantwortlichen Beamten der Polizei hätten ein hohes Maß an Professionalität bewiesen.

In der Pressekonferenz seien bereits 84 verletzte Polizeibeamte gemeldet worden. Diese Zahl werde sich erfahrungsgemäß noch deutlich erhöhen, weil viele Verletzungen noch nachgemeldet würden. Die ursprünglich als Messerstich interpretierte Verletzung eines Beamten habe sich inzwischen als Einwirkung eines stumpfen Gegenstands herausgestellt. Wegen eines von einem Dach in eine Menschenmenge geworfenen Feuerlöschers habe die Staatsanwaltschaft ein Ermittlungsverfahren wegen versuchten Totschlags eingeleitet.

Die Demonstration gegen ein rechtsextremistisches Lokal in Schöneeweide sei ordnungsgemäß abgewickelt worden. Im Mauerpark und im Viktoriapark habe Familienstimmung geherrscht. Auch am Boxhagener Platz sei es bis zu einem bestimmten Zeitpunkt friedlich gewesen. Aufflammende Gewalttätigkeiten seien dann schnell unterbunden worden. Auf dem Myfest sei in diesem Jahr Volksfeststimmung gewesen, da es der Polizei gelungen sei, die Randalen von dort fernzuhalten.

Die von den Rechtsextremisten angemeldete Demonstration in Prenzlauer Berg habe nur teilweise stattgefunden. Ein aus drei Teilen bestehender nicht angemeldeter zusätzlicher Demonstrationzug der Rechtsextremisten auf dem Kurfürstendamm sei schnell von der Polizei gestoppt worden. Ein Teil der Teilnehmer habe in den späten Abendstunden noch versucht, in Rudow und in Potsdam eine Demonstration durchzuführen, was von der Polizei unterbunden worden sei.

Polizeipräsident Dieter Glietsch liefert ergänzende Informationen zur Walpurgisnacht. Der Einsatz sei unter der Führung von Polizeidirektor Keese nach Plan durchgeführt worden. Wie schon im Vorjahr hätten die Brennpunkte – Boxhagener Platz, Bereich Mauerpark und Viktoriapark – nicht viele Probleme bereitet. Abweichend von den letzten Walpurgisnächten sei ein Aufzug gegen den rechtsextremistischen Treffpunkt „Zum Henker“ angemeldet worden. An diesem Aufzug, der störungsfrei abgelaufen sei, hätten sich ca. 800 Personen beteiligt. Durch vorherige Gefährderansprachen und klare gefahrenabwehrende Weisungen habe die Polizei in der Nazikneipe „Zum Henker“ sichergestellt, dass ein Treffen von Rechten und Linken vermieden werde. Während des Vorbeizugs der Demonstration hätten die Rechtsextremisten in der Kneipe Ausgehverbot gehabt, das sie in Anbetracht der polizeilichen Präsenz auch beachtet hätten.

In Zusammenarbeit mit einem Fernsehsender habe die Polizei eine Person wegen des Verstoßes gegen § 86a StGB festgenommen. Weiterhin sei ein Mann festgenommen worden, der verdächtig werde, um 21.35 Uhr in der Ramlerstraße einen Pkw in Brand gesetzt zu haben.

Am Boxhagener Platz seien wegen Störungen – Flaschen- und Steinwürfe – 37 Freiheitsentziehungen durchgeführt worden. Unter den Festgenommenen hätten sich 34 Straftäter befunden. Durch die Staatsanwaltschaft seien acht Haftbefehle erwirkt worden, davon sei in sechs Fällen Haftverschonung gewährt worden. Von den in der Walpurgisnacht eingesetzten 3 000 Polizeibeamten seien elf Beamte verletzt worden.

Erster Polizeidirektor Jürgen Klug bedankt sich bei der Bundespolizei und bei den Polizeien der Länder dafür, dass diese die Berliner Polizei trotz eigener Lagen mit Kräften unterstützt und dabei eine hervorragende Arbeit geleistet hätten. Da die auswärtigen Kräfte sehr früh benannt worden seien, hätten sie – anders als im Vorjahr – in das Einsatzkonzept 2010 integriert werden können.

Die in jedem Jahr stattfindenden Gewerkschaftsversammlungen bzw. -aufzüge hätten mit mehreren tausend Teilnehmern gegen 10 Uhr am Gewerkschaftshaus in Schöneberg begonnen. Die Abschlusskundgebung am Brandenburger Tor habe von 12.15 Uhr bis 18.53 Uhr mit ca. 5 000 Teilnehmern ohne weitere Vorkommnisse stattgefunden.

Während der Anreise der rechten Aufzugsteilnehmer sei es gegen 13.10 Uhr ca. 320 Personen gelungen, die S-Bahn am Bahnhof Halensee zu verlassen und einen unangemeldeten Aufzug über den Kurfürstendamm Richtung Osten zu beginnen. Durch sehr schnell eintreffende Polizeikräfte seien 286 Personen zur Identitätsfeststellung und Anzeigenfertigung dem Polizeigelände in der Kruppstraße zugeführt worden. Ein Demonstrant habe mit Verletzungen in ein Krankenhaus eingeliefert werden müssen.

Drei Personen seien wegen eines bestehenden Haftbefehls bzw. als wiedererkannte Straftäter im Polizeigewahrsam geblieben. Die übrigen 283 Personen hätten Platzverweisungen für den Bereich Perleberger Straße, Lehrter Straße, Seydlitzstraße und Rathenower Straße erhalten. Die Polizei habe sie in Kleingruppen zu S- und Fernbahnhöfen geleitet und dort zwecks Weiterfahrt an die Bundespolizei übergeben.

Am Antreiteplatz des Aufzugs „Unserem Volk eine Zukunft – Den bestehenden Verhältnissen den Kampf ansagen – Nationaler Sozialismus jetzt!“ in der Bornholmer Straße seien ab 12.30 Uhr die ersten Versammlungsteilnehmer eingetroffen. Bei Vorkontrollen hätten Polizeibeamte einen Durchbruchversuch von ca. 50 Personen der rechten Szene verhindern können. Insgesamt seien bei den Vorkontrollen pyrotechnische Gegenstände, ein Mundschutz, ein Taschenmesser sowie 23 Schlagstöcke beschlagnahmt worden.

Die Versammlung habe gegen 13.35 Uhr mit Redebeiträgen begonnen. Der Aufzug habe sich gegen 14.30 Uhr mit rund 640 Teilnehmern formiert und sich gegen 14.50 Uhr in Bewegung gesetzt. Entlang der Aufzugsstrecke hätten Gegendemonstranten versucht, auf die Fahrbahn der Aufzugsstrecke zu gelangen. Teilweise seien Hindernisse und Barrikaden errichtet und in Brand gesetzt worden. Gegen Polizeibeamte und Fahrzeuge seien an verschiedenen Stellen Steine und Flaschen geworfen worden, wodurch mehrere Polizeifahrzeuge beschädigt worden seien. Auf den Dächern der Häuser Schönhauser Allee 90/91 und angrenzender Wohnhäuser hätten sich ca. 50 bis 100 Personen der linken Szene mit Eisenstangen und Dachrinnen befunden. Einige Personen seien durch Polizeikräfte vom Dach geführt worden. Aufgrund der Vielzahl der Protestierenden auf und entlang der weiteren Aufzugsstrecke habe sich der Versammlungsleiter gegen 16.15 Uhr in Absprache mit der Polizei entschlossen, an der Kreuzung Bornholmer Straße/Schönhauser Allee eine Zwischenkundgebung durchzuführen und den Aufzug anschließend zurück zum S-Bahnhof Bornholmer Straße zu führen.

Gegen 16.35 Uhr habe sich der Aufzug nach erfolgter Zwischenkundgebung wieder in Richtung S-Bahnhof Bornholmer Straße in Bewegung setzen sollen. Die Aufzugsteilnehmer am Ende des Aufzugs hätten die Neuformierung des Aufzugs nicht abgewartet und seien unaufgefordert losgelaufen. Dabei sei es zu Widerstandshandlungen gegenüber der Polizei und zum Einsatz von Reizgas durch die Beamten gekommen. Die Polizeibeamten hätten Freiheitsentziehungen vorgenommen und entsprechend Strafanzeigen erstattet. Die Fortsetzung des Aufzugs habe sich durch diesen Vorfall bis ca. 17 Uhr verzögert. Der Aufzug sei bereits um 17.18 Uhr auf der Höhe Bornholmer Straße/Malmöer Straße vom Versammlungsleiter für beendet erklärt worden. Die Aufzugsteilnehmer seien von Polizeibeamten in die S-Bahn begleitet worden und dort den Kräften der Bundespolizei zur Abreise übergeben worden.

Zu den Gegenversammlungen: Die Kundgebung „Vielfalt in Pankow – Pankow für Vielfalt“ in der Bornholmer Straße westlich der Bösebrücke habe mit bis zu 1 500 Personen im Wechsel in der Zeit von 9.15 bis 17.51 Uhr stattgefunden. Vereinzelt habe zeitweise eine aggressive Stimmung unter den Teilnehmern geherrscht. Eine Polizeibeamtin sei durch einen Flaschenwurf verletzt worden.

Die Kundgebung „Bunt und tolerant in den 1. Mai“ in der Thulestraße/Ecke Schönhauser Allee habe regen Zulauf erfahren. Um 12.30 Uhr hätten sich im Bereich zwischen der Kundgebung Thulestraße/Schönhauser Straße und der Wisbyer Straße/Bornholmer Straße nach weiterem starken Zulauf ca. 2 000 bis 3 000 Personen befunden. Durch konsequenten Polizeieinsatz habe verhindert werden können, dass Teile dieser Gruppen nach dem Anlegen von Vermummung auf die Fahrbahn der Aufzugsstrecke hätten durchbrechen können.

Die Versammlung „Gemeinsam arbeiten, gemeinsam leben – Vielfalt in Pankow, gerade am 1. Mai“ in der Schönhauser Allee südlich des S-Bahnringes sei in der Zeit von 9.30 bis 17.30 Uhr mit ca. 600 Personen im Wechsel friedlich verlaufen.

Die Kundgebung „Kein Naziaufmarsch am 1. Mai“ in der Prenzlauer Allee südlich des S-Bahnringes habe von 9 bis 18 Uhr mit fünf Teilnehmern ohne Vorkommnisse stattgefunden.

Zur Kundgebung „Kein Naziaufmarsch am 1. Mai“ in der Greifswalder Straße südlich des S-Bahnringes hätten sich auf dem Weg auch nur zehn Personen versammelt und dort – ebenfalls störungsfrei – von 9 bis 18 Uhr demonstriert.

Eine Versammlung unter dem Motto „Der Gewalt einen Korb geben“ in der Frankfurter Allee/Ecke Möllendorffstraße mit ca. 200 Personen im Wechsel sei mit Familienfestcharakter von 12 Uhr bis 18.50 Uhr ohne weitere Vorkommnisse verlaufen. Das gelte auch für die Kundgebung „Bunte Platte“, die friedlich von 11 bis 18 Uhr mit 600 Teilnehmern stattgefunden habe.

Es seien jedoch auch einige besondere Ereignisse zu verzeichnen gewesen. Um 9.55 Uhr sei es ca. 700 Personen an der Björnsonstraße gelungen, durchzubrechen und auf der Bornholmer Straße eine Sitzblockade zu errichten. Dort seien Steine aus dem Gleisbett der Straßenbahn aufgenommen und Vermummung sei angelegt worden. Gegen 10.10 Uhr habe sich im Nahbereich der Kundgebung auf der Kreuzung Berliner Straße/Westerlandstraße/Esplanade ein Spontanaufzug mit ca. 500 Personen gebildet. Es sei Vermummung angelegt und Steine seien aufgenommen worden. Die Personen hätten sich in Richtung Wisbyer Straße/Bornholmer Straße bewegt. Gegen 11.45 Uhr habe eine Einzelperson dort eine Spontanversammlung mit ca. 800 Teilnehmern angemeldet. Die Polizei habe die Versammlung untersagt.

Eine Einzelperson habe um 10.30 Uhr für die Örtlichkeit Björnsonstraße/Bornholmer Straße eine Spontanversammlung angemeldet. Nach mehrfacher polizeilicher Aufforderung habe die Sitzblockade mit verbliebenen 300 Personen mittels direkter Ansprache und Wegtragen beendet werden können. Dabei sei es zu einer Freiheitsentziehung gekommen.

Nördlich der Bornholmer Straße und später auch im weiteren Verlauf der geplanten Aufzugsstrecke sei es zu weiteren Durchbrüchen gekommen. Dabei seien vereinzelt Kleinf Feuer entzündet, Steine und Flaschen auf Polizeibeamte geworfen sowie der Versuch unternommen worden, Hindernisse und Barrikaden zu errichten.

Um 14.45 Uhr seien mehrere Politiker vor den abmarschierenden rechten Aufzug getreten und hätten Transparente mit der Aufschrift „Berlin gegen Nazis“ gezeigt. Die ca. 20 Personen starke Gruppe habe dann den Aufzug durch eine Sitzblockade für ca. 20 Minuten zum Stehen gebracht. Nach mehreren Aufforderungen durch die Einsatzkräfte hätten sich diese Personen schließlich entfernt bzw. hätten von dem Blockadeort weggeführt werden müssen.

Der Bahnverkehr der Linien S2 und S25 sei ab 10.45 Uhr wegen brennender Reifen im Gleisbett zwischen Südkreuz und Priesterweg kurzfristig beeinträchtigt gewesen. Im Bereich Lichtenberg sei es zu zwei Zusammenstößen zwischen kleineren Personengruppen der linken und rechten Szene gekommen. Dabei sei eine Person der rechten Szene verletzt und im Oskar-Ziethen-Krankenhaus ambulant behandelt worden.

Zum Bereich Kreuzberg: Die 13-Uhr-Demonstration habe sich mit ca. 70 Teilnehmern am Antreiteplatz formiert und sei gegen 14 Uhr auf der vorgesehenen Strecke über die Oranienstraße gelaufen. Aufgrund der geringen Teilnehmerzahl von maximal 150 Demonstranten sei die Aufzugsstrecke vom Veranstalter verkürzt worden. Die Demonstration habe bereits gegen 14.45 Uhr ohne Vorkommnisse geendet.

Im Myfest sei um 12.10 Uhr mit dem Aufbau von Ständen begonnen worden. Ab 13 Uhr sei von den ersten Bühnen Musik dargeboten worden. Etwa 8 000 Menschen hätten gegen 14 Uhr das Fest besucht.

Der innerhalb des Myfests betriebene Infostand der CDU Kreuzberg sei gegen 15.15 Uhr eingestellt worden, nachdem ein Unbekannter den Kreisvorsitzenden mit Wasser begossen und die Flyer der CDU zerrissen habe.

Das Myfest sei gegen 16 Uhr von 25 000 Personen besucht worden und habe gegen 21 Uhr die höchste Teilnehmerzahl von etwa 29 000 Personen verzeichnet. Gegen 23 Uhr hätten sich noch ca. 27 000 Personen im Veranstaltungsbereich befunden. Das zumeist dem Alkoholkonsum zuzuschreibende Störungsniveau habe sich im Rahmen vergleichbarer Veranstaltungen bewegt. Im Zuge der späten Abendstunden seien Einzelpersonen und Kleingruppen festzustellen gewesen, die Auseinandersetzungen mit der Polizei hätten initiieren

und in das Myfest tragen wollen. Durch offensives Herantreten der Polizei habe das Vorhaben dieser Personen jedoch konsequent unterbunden werden können.

Im Einvernehmen mit den Veranstaltern hätten Polizei und Ordnungsamt zahlreiche gewerbliche Kontrollen vorgenommen. Insgesamt seien 226 Betriebe überprüft worden, von denen 19 geschlossen worden seien. 99 Ordnungswidrigkeitenverfahren seien eingeleitet worden, 5 216 Getränkedosen und 1 403 Flaschen seien beschlagnahmt worden. Gegen 01.50 Uhr sei die Veranstaltung Myfest offiziell beendet worden.

Die Auftaktkundgebung zur 18-Uhr-Demonstration habe gegen 18.40 Uhr begonnen. Der Aufzug habe sich erst gegen 19 Uhr mit rund 8 000 Teilnehmern in Bewegung gesetzt, darunter ca. 1 200 gewaltbereite und -geneigte Personen. Während des Aufzugs sei es vereinzelt zu Steinwürfen gekommen, kurzzeitig auch zum Abbrennen von Pyrotechnik. Gegen 19.30 Uhr hätten Unbekannte an der Wegstrecke im Bereich Kottbusser Damm einen Feuerlöscher von einem Dach geworfen, der jedoch niemanden verletzt habe. Nach planmäßigem Streckenverlauf habe die Demonstration gegen 20.00 Uhr den Endpunkt am Spreewaldplatz erreicht und sei gegen 20.23 Uhr vom Veranstalter beendet worden. Kurz zuvor seien innerhalb der Spitze des Aufzuges Holzplatten unter den Teilnehmern verteilt worden.

Gegen 20.30 Uhr sei ein im Bereich des Presswaldplatzes am Boden liegender Demonstrationsteilnehmer durch den Tritt eines Polizeibeamten am Kopf getroffen worden. Diesen Vorgang habe die Polizei an ihrem taktischen Fernsehbild mitverfolgt und unmittelbar danach ein entsprechendes Strafverfahren eingeleitet.

Gegen 21.40 Uhr sei ein Polizeibeamter am Spreewaldplatz durch eine Schlageinwirkung derartig stark verletzt worden, dass er stationär in ein Krankenhaus habe aufgenommen werden müssen. Während des hierzu notwendigen Einsatzes des Rettungswagens sei es weiterhin zu Flaschenwürfen auf die Polizeibeamten und die Sanitäter gekommen, wobei noch ein weiterer Polizeibeamter verletzt worden sei.

Bis etwa 24 Uhr seien erlebnisorientierte und gewaltgeneigte Personengruppen im Umfeld des Endplatzes verblieben, deren Größenordnung von Kleinstgruppen bis hin zu 1 500 Personen variiert hätten. Vereinzelt sei es zu Flaschenwürfen auf Polizeibeamte, zum Entfachen von Feuern und zum Verbringen von Gegenständen auf die Fahrbahn gekommen. Nach Mitternacht sei durch konsequentes Eingreifen der Einsatzkräfte eine Lageberuhigung eingetreten. Gegen 2 Uhr hätten sich nur noch bis zu 400 friedliche Personen im Straßenbild gezeigt.

Am 1. Mai seien insgesamt 450 Freiheitsentziehungen und darüber hinaus 345 Platzverweisungen gezählt worden. Im Rahmen der Strafverfahren seien 44 Einlieferungen erfolgt. Mit Stand vom 3. Mai seien 24 Haftbefehle erlassen worden, davon 11 mit Haftverschonung. 85 Polizeibeamte seien während des Einsatzes verletzt worden.

Insgesamt hätten für den 1. Mai 7 371 Mitarbeiter zur Verfügung gestanden, die seiner Führung unterstanden hätten, davon knapp 3 000 aus anderen Bundesländern und vom Bund.

Björn Jotzo (FDP) begründet die Anträge Drucksache 16/3068 und Drucksache 16/3105. In dem Antrag „Für ein tolerantes Berlin, gegen politischen Extremismus“ würden 17 vor allem präventive Maßnahmen zur Bekämpfung linksextremistischer Gewalt vorgeschlagen. Seine Fraktion gehe davon aus, dass linke Gewalt nicht allein ein polizeiliches Problem, sondern vor allem ein politisches und gesellschaftliches Problem sei, weshalb es auch politisch und gesellschaftlich bekämpft werden müsse. Der Verlauf des letzten 1. Mai biete Gelegenheit, sich dieser Frage zu widmen. Der 1. Mai sei zwar gut verlaufen, aber man müsse überlegen, wie die Anzahl der eingesetzten Polizeikräfte wieder auf ein normales Maß reduziert werden könne. Das könne nur gelingen, wenn man mittels Prävention einerseits das gesellschaftliche Problem Linksextremismus und andererseits das Problem unpolitischer 1.-Mai-Randalierer in den Griff bekomme.

Die Prävention müsse bereits bei der kindlichen Bildung ansetzen. Linksextremismus müsse in den Schulen stärker zum Thema gemacht werden. Auch die Kultusministerkonferenz habe dieses gerade verdeutlicht.

Weiterhin werde eine Verstärkung der Präventionsarbeit der Berliner Polizei vorgeschlagen. Sie müsse stärker bürgerorientiert auftreten. Das problematische Verhältnis einiger Bürgerinnen und Bürger zum staatlichen Gewaltmonopol solle u. a. durch Aufklärungsmaßnahmen und eine Imagekampagne der Berliner Polizei verbessert werden.

In ein entschiedenes Vorgehen gegen Extremismus und Gewalt müssten die Betroffenen der Bürgergesellschaft, wie etwa Wirtschaftsbetriebe, Baugruppen, Restaurantbetreiber usw., einbezogen werden.

Es müsse ebenfalls geprüft werden, wie der Einsatz von verdeckten Ermittlern in der linken Szene verstärkt werden könne. Dafür müssten für die Bekämpfung von Rechtsextremismus und Ausländerextremismus bestimmte Mittel in Zukunft auch für die Bekämpfung des Linksextremismus verwendet werden.

Im Hinblick auf die Strafverfolgung und Beweissicherung bei Großlagen – an diesem 1. Mai hätten sie gut funktioniert – bedürfe es fortgesetzter Anstrengungen, um das Phänomen linke Gewalt dauerhaft in den Griff zu bekommen.

Zu dem Antrag seiner Fraktion auf Annahme einer Entschliebung: Alle anderen Fraktionen hätten eine Erklärung ihrer Vorsitzenden zum Thema linke Gewalt abgegeben. Die FDP vertrete die Ansicht, dass solch eine Erklärung nicht allein von den Fraktionsvorsitzenden ausgehen solle, sondern vom gesamten Abgeordnetenhaus ausgehen müsse. Eine von den Fraktionsvorsitzenden abgegebene Mehrheitsmeinung reiche nicht aus, jeder einzelne Abgeordnete sei dazu aufgerufen, in der kommenden Plenarsitzung seine Position zu dem Thema linke Gewalt zu vertreten. Er sei schon darauf gespannt, wie einige Abgeordnete sich zu dieser Erklärung verhielten, die in der Vergangenheit durch ihre Nähe zum linksextremistischen Spektrum aufgefallen seien.

Die FDP werde in den nächsten Wochen die 17 Maßnahmen des Globalantrags durch einzelne Anträge hinterlegen. Anträge zu vier dieser Maßnahmen würden bereits in der kommenden Plenarsitzung behandelt.

Thomas Kleineidam (SPD) dankt der Berliner Polizei und den auswärtigen Kräften im Namen seiner Fraktion für den besonnenen und konsequenten Einsatz. Den verletzten Beamtinnen und Beamten übermittele er Genesungswünsche.

Die im Laufe der Jahre weiterentwickelte Einsatzstrategie sei erfolgreich gewesen. Es sei gelungen, die Gewalt zurückzudrängen. Allerdings bleibe das weiterhin vorhandene Gewaltpotenzial Aufgabe für die Berliner Politik. Einerseits sei der gewaltorientierte sog. Schwarze Block zu beachten, andererseits aber auch ein Publikum, das auf gewaltsame Aktionen laudere. Es werde in den nächsten Jahren eine der Hauptaufgaben bleiben, präventiv tätig zu werden, junge Menschen aufzuklären und die Sensationslust einzudämmen. Bedauerlicherweise sei die Sensationslust im Vorfeld des 1. Mai auch von den Berliner Medien entfacht worden.

Die SPD-Fraktion finde es bedauerlich, dass die FDP sich der von den übrigen Fraktionen gemeinsam vorgenommenen Ächtung von Gewalt verweigert habe. Wenn die FDP jetzt versuche, mit ihrem Antrag auf Annahme einer Entschliebung noch einmal ein Signal zu setzen, sei das eher bezeichnend für die FDP-Fraktion, als dass es ein Vorwurf gegen die vier anderen Fraktionen sein könnte.

Der Antrag auf Umsetzung von 17 Maßnahmen sei „hingeschludert“, weswegen die SPD ihn ablehnen werde. Es seien Themen zusammengestellt worden, die nicht in Verbindung zu der Überschrift des Antrags ständen. Die FDP habe es selbst bemerkt und bringe jetzt noch einmal Anträge mit Einzelmaßnahmen ein.

Dr. Robbin Juhnke (CDU) lobt Senator Dr. Körting, dieser habe offensichtlich aus den Fehlern des vergangenen Jahres gelernt. Der 1.-Mai-Einsatz sei als Erfolg zu werten, zumal nicht so viele Polizeibeamten verletzt worden seien wie im letzten Jahr. Die CDU begrüße, dass die „Strategie der ausgestreckten Hand“, die bei Bedarf auch zur „entschlossenen Hand“ werden könne, in diesem Jahr tatsächlich angewendet worden sei und Straftaten dadurch unterbunden worden seien.

In diesem Zusammenhang bedanke sich die CDU-Fraktion bei Polizeidirektor Klug, der stellvertretend für alle Polizeibeamtinnen und -beamten aus Berlin, den Ländern und vom Bund anwesend sei. Mit einer so großen Anzahl von Beamten aufzutreten sei richtig gewesen, allerdings gebe es zu denken, dass es in dieser Gesellschaft notwendig sei, dass die Polizei so zahlreich auftrete. Was könne man dagegen tun, dass es immer wieder zu solchen Situationen komme? Sei der 1. Mai nicht schon längst von seinem ursprünglichen Sinn als Tag der Arbeit befreit? Es könne auch nicht immer garantiert werden, dass bei einer Großlage genügend Unterstützungskräfte zur Verfügung ständen. Insgesamt habe der Polizeieinsatz aber gezeigt, dass die Gesellschaft nicht handlungsunfähig und der 1. Mai kein Naturereignis sei, das man über sich ergehen lassen müsse.

Die Strategie, die Veranstaltungen zu entzerren und das Myfest von den Demonstrationen zu trennen, sei vorteilhaft, könne sie doch dazu führen, dass die Schaulustigen nicht mehr so viel zu sehen bekämen.

Politiker hätten eine Vorbildfunktion. Dass der Vizepräsident des Deutschen Bundestags unter Ausnutzung seiner Privilegien hinter den Polizeiliniien eine Sitzblockade praktiziere und dabei die eigenen Polizeibeamten dazu bringe, ihn wegtragen zu müssen, nur um die Situation als Medienereignis auskosten zu können, sei „ein unerhörtes Stück an Fehlverhalten“. Auch im Rahmen einer Demonstration gegen Rechtsextremismus heilige der Zweck nicht die Mittel.

Wenn Die Linke den Anspruch habe, als demokratische Partei ernstgenommen zu werden, müsse sie sich deutlich gegen ihren Bezirksverordneten Jermak abgrenzen, dessen Verhalten parteischädigend sei.

Wie gegen den Rechtsextremismus müsse das Land Berlin auch gegen den Linksextremismus weiterhin vorgehen. Die gemeinsame Erklärung von vier Fraktionen sei ein erster Schritt gewesen. Vielleicht sei die FDP doch noch bereit, sich anzuschließen. – Die Anträge der FDP werde die CDU mittragen.

Benedikt Lux (Grüne) stellt fest, der 30. April und der 1. Mai seien in erster Linie als Erfolg der Zivilgesellschaft zu verbuchen, der „Hand in Hand mit einem kooperativen Staat“ gehe. Daher schließe er sich dem an die Berliner Polizei gerichteten Dank und dem Lob an.

Die Demonstration „Zum Führer mit dem Henker“ am 30. April sei sowohl hinsichtlich der polizeilichen Einsatztaktik – dafür ein besonderes Lob – als auch des Verhaltens der Demonstrierenden eine der gelungensten Demonstrationen seit langem gewesen. Ein Manko gebe es allerdings: Bei der Lagesprechung beim Innensenator sei den innenpolitischen Sprechern mitgeteilt worden, dass die Zwischenkundgebung auf der Brücke geplant sei und nicht vor dem Lokal „Zum Henker“. Nach Auskunft des Anmelders sei das jedoch nicht der Fall gewesen. Hier wäre es durch eine bessere Kommunikation nicht zu der brenzigen Situation auf der Brücke gekommen.

Die Auflösung der Versammlung am Boxhagener Platz sei zu früh erfolgt. Die Leute seien bereits von allein in der Stimmung gewesen, nach Hause zu gehen. Durch die Aufforderung der Polizei, die Versammlung aufzulösen, hätten manche Leute dann opponiert.– Das Flaschenverbot am Boxhagener Platz in diesem Jahr habe Erfolg gezeigt.

In den Vorjahren sei der 1. Mai häufig im Zeichen der Krawalle gesehen worden, aber in diesem Jahr sei seine ursprüngliche Bedeutung als „Tag der Arbeit“ wieder zu erkennen gewesen, denn die Gewerkschaften hätten erfreulicherweise wieder mehr Menschen bewegt, für mehr soziale Rechte und Mindesteinkommen auf die Straße zu gehen.

Zum rechtsextremistischen Aufmarsch an der Bornholmer Straße: Hier zeige sich deutlich der Erfolg der vielen tausend Bürgerinnen und Bürger, die die Rechtsextremisten aufgehalten hätten, und nicht der Politiker, die zur Gegendemonstration aufgerufen hätten. Die symbolische Sitzblockade der Politiker sollte man gelassen sehen. Bedauerlich sei, dass Konrad Freiberg von der Gewerkschaft der Polizei zunächst Tote für den 1. Mai vorausgesagt und dann Bundestagsvizepräsident Thierse wegen dessen Sitzblockade als würdelos beschimpft habe. Vom ihm hätte eine Entschuldigung eingefordert werden müssen. Aber nicht nur Herr

Freiberg, auch Herr Bosbach von der CDU habe ein Interesse an verbaler Eskalation gehabt. Ohne die Negativprognosen der Politiker hätten die Medien kein Futter für ihre Schwarzmalerei gehabt.

Er frage sich, in welchem Zustand die SPD sei. Während die halbe SPD-Fraktion dazu aufgerufen habe, sich den Nazis entgegenzustellen, werde das Ausführen dieses Aufrufs von einer SPD-Politikerin als würdelos bezeichnet. Wenn man ein Geschichtsbewusstsein habe, müsse man auch symbolische Aktionen befürworten.

Im Hinblick auf das Myfest gebühre der Dank nicht nur der Polizei, sondern auch dem Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg. Das Fest bleibe zunehmend als friedliche Veranstaltung in Erinnerung.

In diesem Jahr sei auch von der 18-Uhr-Demonstration keine Gewalt ausgegangen. Er würde es begrüßen, wenn damit auch die Forderungen nach Demonstrationsverboten aufhörten. Mit Randalen nach der Demonstration werde auch in den nächsten Jahren gerechnet werden müssen. Für das zielgerichtete Einschreiten der Polizei in diesem Jahr müsse der Polizei ein großes Lob ausgesprochen werden.

Der gezielte Fußtritt eines Polizeibeamten gegen eine auf dem Boden liegende Person sei nicht entschuldbar. Sei der Name des Beamten schon ermittelt worden? Wenn die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Polizei bereits individuelle Kennzeichnungsschilder getragen hätten, wäre die Situation eventuell vermeidbar gewesen. Die Polizei solle endlich für Transparenz in den eigenen Reihen sorgen. Er könne nicht nachvollziehen, dass die Polizeischülerinnen und -schüler systematisch – und z. T. mit falschen Argumenten – gegen die individuelle Kennzeichnung indoktriniert würden.

Der FDP-Antrag Drucksache 16/3105 sei durch die Erklärung der Fraktionsvorsitzenden der anderen Fraktionen „überholt“. Anscheinend traue die FDP ihrem Fraktionsvorsitzenden nicht zu, die ganze Fraktion vertreten zu können.

Die FDP sei mit der Alltagsarbeit der Berliner Polizei nicht vertraut, denn in anderen Bereichen sei die Kriminalität viel ausgeprägter. Die Fraktion treibe „politische Spielchen“, indem sie sich nur auf den Linksextremismus konzentriere. Die in dem FDP-Antrag Drucksache 16/3968 aufgezählten Maßnahmen seien jedoch nicht dazu geeignet, den Linksextremismus gezielt zu bekämpfen.

Marion Seelig (Linksfraktion) begrüßt, dass das polizeiliche „Konzept der ausgestreckten Hand“ in diesem Jahr wieder einmal erfolgreich gewesen sei, nachdem der 1. Mai im vergangenen Jahr wegen äußerer Umstände weniger gewaltfrei verlaufen sei. Der Erfolg der Polizei in diesem Jahr sei besonders bemerkenswert, weil die CDU-Fraktion auf Bundesebene vorher habe verlauten lassen, dass sich das Scheitern der Deeskalationsstrategie der Polizei schon seit Jahren angekündigt habe. Auch die Prognose, dass es an diesem 1. Mai Tote geben würde, sei nicht akzeptabel. Nach dem 1. Mai sei die Einschätzung der Medien allerdings positiv ausgefallen.

Dass tausende Bürgerinnen und Bürger gegen die rechtsextremistische Demonstration auf die Straße gegangen seien, sei in der Tat lobenswert. Die Rechtsextremisten hätten dadurch eine erhebliche Niederlage erlitten.

Der Ansatz, den Flaschenverkauf einzuschränken, sei gut. Bis zu einem bestimmten Zeitpunkt sei es auf dem Myfest auch gelungen.

Ursprünglich habe das Myfest einer Repolitisierung dienen sollen, weshalb die 18-Uhr-Demonstration an jedem 1. Mai über das Fest gezogen sei. Nach den negativen Erfahrungen im vergangenen Jahr und den positiven in diesem Jahr sei sie der Meinung, dass die Trennung von Myfest und Demonstration richtig gewesen sei.

Der Antrag der FDP Drucksache 16/3068 sei in der Tat „hingeschludert“, und der Entschließungsantrag enthalte „an der Haaren herbeigezogene“, teilweise sogar falsche Begründungen. In der Linksfraktion spreche

der Fraktionsvorsitzende für alle Mitglieder. Und das Argument, dass in dem gemeinsamen Antrag die verschiedenen Facetten der Gewalt nicht ausreichend gewürdigt worden seien, sei bereits widerlegt worden.

Björn Jotzo (FDP) bestätigt, dass an diesem 1. Mai viele Menschen bei den diversen Demonstrationen ihre Meinung friedlich geäußert hätten. Selbst die 18-Uhr-Demonstration sei bis zu ihrem Ende weitgehend störungsfrei verlaufen.

Den Einsatzkräften der Polizei gebühre Dank für ihren „bemerkenswert ordentlichen“ Einsatz. Senator Dr. Körting habe die u. a. von der FDP gegebenen Anregungen berücksichtigt. Auch das Rettungswegekonzept sei in Ordnung gewesen.

Andererseits sei das gute Ergebnis teuer erkaufte worden. Die Regierungsfaktionen könnten nicht ernsthaft behaupten, der Einsatz von 7 000 Polizeikräften an einem solchen Tag sei normal, um ordnungsgemäße Zustände herzustellen. Es bedürfe noch einiger Präventionsmaßnahmen, um das Problem der linken Gewalt und der apolitischen Krawalltouristen in den Griff zu bekommen.

Die PR-trächtige Sitzblockade von Herrn Thierse, Herrn Lux und anderen Politikern sei unverantwortlich gewesen. Die Einsatzkräfte der Polizei seien darauf nicht vorbereitet gewesen. Die Demokratie und der Rechtsstaat könnten nicht mit einem Rechtsbruch verteidigt werden. Möglicherweise sei bei den Grünen der Kompass abhanden gekommen. Bei Herrn Thierse erwarte er keinen Kompass. Aus Sicht der FDP müsse man auch anders Denkende von ihrem Demonstrationsrecht Gebrauch machen lassen, auch wenn deren Einstellung nicht akzeptabel sei.

Der Grund dafür, dass die anderen Fraktionen darauf verzichtet hätten, alle Abgeordneten über die Ächtung linksextremistischer Gewalt abstimmen zu lassen, sondern sich dafür entschieden hätten, eine ausschließlich von den Fraktionsvorsitzenden unterschriebene Erklärung abzugeben, sei die Angst, dass nicht das ganze Plenum hinter ihren Fraktionsvorsitzenden ständen. Wenn man daran denke, wie Frau Abg. Baba-Sommer sich zu Aktionen insbes. der Antifaschistischen Linken Berlin verhalten habe, müsse man sich darüber nicht wundern. Die anderen Fraktionen gingen dabei unehrlich mit sich selbst und mit den Bürgerinnen und Bürgern um. An einem solchen Versteckspiel beteilige sich die FDP-Fraktion nicht. Daher bringe sie jetzt einen eigenen Entschließungsantrag ein.

Anja Hertel (SPD) schließt sich dem Dank an die Polizeibeamtinnen und -beamten an. Der 1. Mai sei – bis auf eine Ausnahme – in allen Facetten gelungen. Sie erweitere Ihren Dank auf die vielen tausend Demonstrantinnen und Demonstranten in Prenzlauer Berg, die – zum Teil mit viel Fantasie und Kreativität – verdeutlicht hätten, dass sie die politischen Auffassungen der Nazis nicht akzeptierten. Problematisch finde sie allerdings, dass einige Politiker meinten, sich unter dem Schutz ihres politischen Mandats in Form von Sitzblockaden über das Gesetz stellen zu dürfen wie Herr Thierse, Herr Piening, Herr Wieland, Herr Lux oder Herr Köhne. Ziel solch einer Aktion sei nur, sich in der Presse zu zeigen und Live-Interviews zu geben. Wenn diese Politiker wirklich Zivilcourage hätten zeigen wollen, hätten sie es nicht hinter einer Polizeikette tun müssen.

Mit dem Aufruf ihrer Fraktion, sich den Nazis entgegenzustellen, habe sie tatsächlich ebenfalls ein Problem. In diesem Punkt teile sie aber die Ansicht des Fraktionsvorsitzenden der Grünen.

Andreas Gram (CDU) teilt die Meinung seiner Vorrednerin in Bezug auf die Sitzblockade der Politiker. Diese hätten sich dabei am Rande des Rechtsbruchs bewegt, um politische Ziele durchzusetzen. Er würde genauso argumentieren, wenn sich Mitglieder seiner Partei darunter befunden hätten. In der Politik dürfe niemals der Zweck die Mittel heiligen. Politiker in höheren Stellungen hätten zudem Vorbildfunktion und müssten mit Nachahmern rechnen. Ebenfalls inakzeptabel sei, dass sie mit ihrem Verhalten die Polizeikräfte in einen Konflikt gebracht hätten.

Er könne Frau Abg. Seelig, die der Meinung sei, die Polizei habe in diesem Jahr dieselbe Taktik wie in den vergangenen Jahren angewandt, nicht zustimmen. Auch die „Berliner Zeitung“ spreche von einer geänderten

Taktik. Neben der „ausgestreckten Hand“ habe die Polizei in diesem Jahr auch die „kompromisslose Hand“ gezeigt, die die CDU immer eingefordert habe.

Wenn Herr Bosbach vor Toten gewarnt habe, sei das angesichts der Ereignisse an den 1.-Mai-Feiertagen der letzten Jahre nicht verwunderlich, als Demonstranten Polizeibeamten mit Eisenstangen Verletzungen zugefügt hätten, die auch zum Tod hätten führen können. Man solle jetzt nicht so tun, als sei die Warnung aus der Luft gegriffen gewesen.

Zur Presse wolle er sich nicht äußern. Alle hätten Erfahrungen unterschiedlicher Art gemacht.

Tom Schreiber (SPD) dankt den Einsatzkräften der Polizei, aber auch den Demonstranten, die erfolgreich zu einem friedlichen 1. Mai beigetragen hätten.

Es sei gut und richtig gewesen, dass – zum Teil sehr fantasievolle – Proteste in Sicht- und Hörweite der Rechtsextremen-Demonstration stattgefunden hätten. Es dürfe aber nicht sein, dass Politiker mit Vorbildfunktion hinter dem Schutzschild ihrer Immunität Rechtsbruch begingen. Solche Politiker verlören ihre Glaubwürdigkeit. Zudem hätten die Politiker verantwortungslos gehandelt, weil ihre Sitzblockade zu einer Eskalation der Situation hätte führen können.

Er habe den Aufruf, sich den Nazis entgegenzustellen, nicht unterschrieben, weil am Ende des Aufrufs zum zivilen Ungehorsam aufgerufen worden sei. Es könne auch keine Anerkennung der autonomen Szene geben. Es müsse klar sondiert werden – das gelte auch für die anderen Parteien –, mit wem man zusammenarbeite und wessen Aufruf man unterschreibe.

Viele Menschen – nicht nur Politiker – hätten offensichtlich ein Problem mit dem Begriff der Demonstrationsfreiheit. Wer nicht akzeptiere, dass auch Demonstrationen von Rechtsextremisten von der Polizei geschützt würden, akzeptiere das Grundgesetz nicht und trete den Rechtsstaat mit Füßen.

Er glaube – und habe auch die Erfahrung gemacht –, dass die nächtlichen Randalierer am 1. Mai in Kreuzberg gedankenlos Gewalt ausgeübt hätten, ohne die Konsequenzen zu kennen. Es würden bereits viele gute präventive Maßnahmen gegen die Gewalt der Jugendlichen ergriffen. Zusätzlich sollte man noch versuchen, gezielt die Eltern zu erreichen und ihnen die Konsequenzen zu verdeutlichen, wenn ihre Kinder am 1. Mai Gewalttaten verübten.

Dirk Behrendt (Grüne) meint, er sei beruhigt, dass das zentrale Problem nur die Sitzblockade von Herrn Thierse sei. – Im Vorfeld des 1. Mai habe Senator Dr. Körting auf ausdrückliche Nachfrage zugesagt, dass Gegendemonstrationen der Zivilgesellschaft in Sicht- und Hörweite zu dem Neonazi-Aufmarsch möglich sein würden. Das sei jedoch nicht der Fall gewesen. Stattdessen sei für 600 Neonazis für einen halben Tag ein ganzes Stadtviertel abgesperrt worden. Das sei nicht verhältnismäßig. In Zukunft sollten die Gegendemonstranten wenigstens in die Nähe der Neonazis gelangen können.

Wie sei es dazu gekommen, dass die Pressestelle der Polizei am Abend des 1. Mai fälschlicherweise bestätigt habe, dass ein Polizeibeamter mit einem Messer angegriffen worden sei? Solch ein Gerücht könne sich schnell verbreiten und zu einer unerwünschten Dynamik führen.

Marion Seelig (Linksfraktion) kritisiert, dass die Demonstrationsstrecke der Neonazis nicht deutlich erkennbar gewesen sei. Die Gegendemonstrationen mit nur wenigen Personen an verschiedenen Stellen in Prenzlauer Berg hätten vermieden werden können. – Sie teile auch die Meinung, dass die Zivilgesellschaft die Möglichkeit haben sollte, in Sicht- und Hörweite der Neonazis ihren Widerwillen ausdrücken zu können.

Sie interessiere sich ebenfalls dafür, ob der Beamte, der eine am Boden liegende Person gegen den Kopf getreten habe, bereits identifiziert sei.

Warum hätten Polizeibeamte den Zugang zu der genehmigten Kundgebung Thulestraße/Ecke Schönhauser Allee versperrt? Offensichtlich hätten die Beamten vor Ort keine Kenntnis von der Genehmigung gehabt.

Zudem sei dieser Kundgebungsort verkehrstechnisch nicht gesichert gewesen. Dasselbe habe für die Wicherstraße gegolten.

Zwischen dem Aufruf zu zivilem Ungehorsam und der Ausnutzung von Privilegien durch Politiker müsse getrennt werden. Ziviler Ungehorsam könne – zumindest als Möglichkeit – in Betracht gezogen werden. Der zivile Ungehorsam in Gorleben und der Volkszählungsprotest etwa hätten zu gesellschaftlichen Veränderungen geführt. Entsprechend müsse es auch möglich sein, glaubhaft zu vermitteln, dass man Neonazis nicht in Berlin marschieren sehen wolle. So hätten viele Menschen, die den Aufruf unterschrieben hätten, ganz normal an der Gegendemonstration teilgenommen. Etwas anderes sei es, wenn ein Politiker mittels seiner Immunität an einer Blockade teilnehme.

Dr. Fritz Felgentreu (SPD) gibt Abg. Behrendt Recht, dieser 1. Mai sei in der Bilanz so vernünftig verlaufen, dass es dem Innenausschuss schwer falle, seiner vornehmsten Pflicht nachzukommen, durch kritisches Nachfragen seine Kontrollrechte gegenüber dem Senat auszuüben.

Man könne Herrn Thierse politisch kritisieren, aber die Bemerkung von Abg. Jotzo, bei Herrn Thierse erwarte er keinen Kompass, sei unangemessen. Wolfgang Thierse habe sich seit 20 Jahren um die Republik und die Einheit der Nation verdient gemacht. Er bitte die FDP, insgesamt verbal abzurüsten und zu versuchen, einen gemeinsamen Nenner mit den anderen Fraktionen zu finden.

Björn Jotzo (FDP) antwortet, er habe die Bemerkung über Herrn Thierse gemacht, weil er diesem vor Beginn der Demonstration verdeutlicht habe, dass dessen Vorhaben „absoluter Schwachsinn“ sei. Aber im Innenausschuss sollte nicht über persönliche Erwartungshorizonte diskutiert werden.

Es sei an der Zeit, sich darüber klar zu werden, was die Linksfraktion unter zivilem Ungehorsam verstehe. Er stimme zu, dass gewaltfreier ziviler Ungehorsam eine Form sei, die in der Demokratie akzeptiert werden könne. Das hätten die Bürgerinnen und Bürger, die an der Gegendemonstration zum Neonaziaufmarsch teilgenommen hätten, eindrucksvoll gezeigt. Er könne aber nicht akzeptieren, dass Abgeordnete der Linksfraktion und ihr nahe stehende Organisationen zu zivilem Ungehorsam aufrufen und sich in der Frage der Gewaltfreiheit nicht eindeutig verhielten. Grundrechte gälten nicht nur für eine Seite, sondern für alle. Die Sitzblockade sei keine Petitesse gewesen, sondern es stelle sich die grundsätzliche Frage, wie man sich zu unserem Rechtsstaat und zu den Rechten auch von Minderheiten verhalte, auch wenn sie eine andere Meinung verträten.

Kurt Wansner (CDU) erklärt, in Berlin seien weder Aufmärsche von Nazis noch von Linksradikalen erwünscht. Er hoffe, diesbezüglich seien alle Fraktionen sich einig.

Als Abgeordneter für den Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg bedanke er sich ausdrücklich bei den Polizeikräften, die sich am 30. April am Boxhagener Platz und am 1. Mai in Kreuzberg hervorragend verhalten hätten. Schon im Vorfeld hätten sie dafür gesorgt, dass die Krawalle der Vorjahre sich nicht wiederholt hätten. Diesen Erfolg hätte Senator Dr. Körting schon in den letzten beiden Jahren haben können, wenn er den Vorschlägen der CDU-Fraktion gefolgt wäre.

An ihrem Stand in der Oranienstraße habe die CDU u. a. die Resolution verteilt, die die Mehrheit der Fraktionen beschlossen habe, um zu zeigen, dass die anderen Fraktionen sich der Meinung der CDU anschließen. Im Gegensatz zu den Presseberichten seien viele Menschen froh über den Stand der CDU gewesen.

Wer kritisiere, dass Wolfgang Bosbach vor Toten am 1. Mai gewarnt habe, solle Folgendes bedenken: Wer einen Feuerlöscher von einem Dach werfe, nehme auch in Kauf, einen Menschen damit zu treffen.

Im Vorfeld des 1. Mai würden ganz bewusst Migrant*innenorganisationen gebeten, dafür zu sorgen, dass die jungen Leute mit Migrationshintergrund am 1. Mai keine Straftaten begingen. Dass Herr Köhne und vor allem Herr Piening sich an der Sitzblockade beteiligt und nicht bedacht hätten, dass ihr Verhalten eine Signalwirkung habe, ärgere ihn. Werde das Verhalten der politischen Beamten disziplinarisch verfolgt? Rechne

Senator Dr. Körting damit, dass Herr Piening sein Amt aufgebe, zumal dieser es ohnehin nicht vernünftig ausübe?

Senator Dr. Körting habe Probleme damit gehabt, gegen den Linksradikalismus anzugehen. Jetzt habe der Innensenator den Weg gefunden. Er bitte Senator Dr. Körting, nach diesem 1. Mai nicht aufzuhören, den Linksradikalismus und den Rechtsradikalismus in Berlin zu bekämpfen. Alle Fraktionen gemeinsam sollten den Berlinerinnen und Berlinern das Gefühl vermitteln, dass der 1. Mai immer noch der Tag des Kampfes der Arbeitnehmer um ihre Rechte sei. Die Einwohner von Friedrichshain-Kreuzberg wünschten, dass sie den 1. Mai gemeinsam mit den Touristen friedlich in ihrem Bezirk feiern könnten.

Vorsitzender Peter Trapp erkundigt sich, ob wegen rassistischer Angriffe auf Touristen und Anwohner im Rahmen der rechtsextremistischen Demonstration auf dem Kurfürstendamm Strafanzeigen gefertigt worden seien. – Die finanziellen Mittel für die Polizeieinsätze am 30. April und am 1. Mai seien gut investiert. Damit hätten größere Schäden von Berlin abgewendet werden können.

Senator Dr. Ehrhart Körting (SenInnSport) stellt fest, ungeachtet der politischen Polemik sei man hinsichtlich der Ablehnung von Gewalt und von Links- und Rechtsextremismus nicht weit auseinander.

Zu Einzelpersonalangelegenheiten äußere er sich nicht im Innenausschuss. Er gehe davon aus, dass gegen einen Teil der Sitzblockierer, soweit sie namentlich bekannt seien, die Einleitung von Ermittlungsverfahren geprüft werde.

Bevor bei unerwünschten Demonstrationen die Strecke im Detail bekannt gegeben werde, müsse die Sicherheitsfrage geprüft werden. Im Fall der Rechtsextremendemonstration am 1. Mai in Prenzlauer Berg habe die Polizei entschieden, den genauen Streckenverlauf nicht im Vorfeld mitzuteilen. Diese Auffassung habe er geteilt. Bei Demonstrationen müsse jedoch auch ermöglicht werden, dass Gegendemonstranten Gesicht zeigen. Daher habe er alle Beteiligten vor dem 1. Mai darüber informiert, dass die Demonstration der Rechtsextremisten am 1. Mai um 11 Uhr in Pankow beginne. Den Sprechern habe er mitgeteilt, dass der Aufzug am S-Bahnhof Bornholmer Straße starte. Das Verwaltungsgericht habe im Übrigen bestätigt, dass die Hör- und Sichtweite zwischen der Demonstration der Rechtsextremisten und den Gegendemonstrationen ausreichend gewesen sei.

In einem funktionierenden Rechtsstaat werde das Instrument des zivilen Ungehorsams nicht benötigt. Nur in dem Moment, in dem der Staat demokratische Rechte missachte, gebe es ein Widerstandsrecht jedes Demokraten. Er halte es insofern für verfassungswidrig, wenn ein bestimmter Anteil der Bürgerinnen und Bürger darüber entscheide, ob anders denkende Menschen demokratische Grundrechte in Anspruch nehmen dürften. In dem Moment sei es Aufgabe der Polizei, die Grundrechtsverwirklichung der anders Denkenden durchzusetzen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Polizei sollten jedoch – auch unter dem Fürsorgegesichtspunkt – nicht in eine solche Situation gebracht werden. Er sei sehr zufrieden, dass die Polizei sowohl die erste als auch die zweite Blockade mit großer Gelassenheit ohne Ansehen der Person aufgelöst habe.

Polizeipräsident Dieter Glietsch antwortet auf die Frage nach der Messerstich-Pressemeldung, kurz nachdem der verletzte Beamte zur Feuerwache transportiert worden sei, habe es eine erste Nachfrage aus dem Kreis der Journalisten gegeben, ob es zutreffe, dass ein Polizeibeamter durch einen Messerstich verletzt worden sei. Zu jenem Zeitpunkt sei das sowohl der Erkenntnisstand der Pressestelle als auch von ihm gewesen. Diesen Erkenntnisstand habe der Pressesprecher dann bestätigt, und die Medien hätten ihn – zu Recht – übernommen. Nachdem sich 15 Minuten später herausgestellt habe, dass es sich um ein Hämatom gehandelt habe, das vermutlich durch einen heftigen Schlag mit einem stumpfen Gegenstand gegen den Hals verursacht worden sei, sei die Meldung korrigiert worden.

Am Nachmittag nach Bekanntwerden des Tritts eines Polizeibeamten gegen den Kopf einer am Boden liegenden Person durch Videoaufzeichnung sei umgehend veranlasst worden, dass in diesem Sachverhalt mit Priorität ermittelt werde. Der bzw. die Tatverdächtige sei noch nicht identifiziert worden. Er sei aber sicher, dass das möglich sein werde. Bisher hätten sich auch weder die geschädigte Person noch Zeugen gemeldet.

Über die von Frau Abg. Seelig angesprochenen Probleme im Bereich Thulestraße/Ecke Schönhauser Allee oder auch im Bereich Wichertstraße müsse er den Ausschuss zu einem späteren Zeitpunkt informieren.

Von rassistischen Übergriffen am Kurfürstendamm sei ihm nichts bekannt. Die Festnahmen im Rahmen des rechtsextremistischen Aufzugs auf dem Kurfürstendamm ständen nicht damit im Zusammenhang.

Vorsitzender Peter Trapp bedankt sich bei der Pressestelle der Berliner Polizei für die gute Zusammenarbeit am 30. April und am 1. Mai.

Der **Ausschuss** schließt die Besprechung zu TOP 1a ab.

Hinsichtlich der Anträge der FDP-Fraktion Drucksache 16/3068 und Drucksache 16/3105 empfiehlt der **Ausschuss** dem Plenum jeweils die Ablehnung. In Bezug auf die Behandlung beider Beschlussempfehlungen wird Dringlichkeit empfohlen.

Punkt 2 der Tagesordnung

Vorlage – zur Beschlussfassung –
**Gesetz zum Staatsvertrag über die Verteilung von
Versorgungslasten bei bund- und länderübergrei-
fenden Dienstherrenwechseln
(Versorgungslastenteilungs-Staatsvertrag)**
Drs 16/3051

[0226](#)
InnSichO
+Hauptausschuss

Vorsitzender Peter Trapp weist auf folgenden Änderungsvorschlag des Wissenschaftlichen Parlamentsdienstes hinsichtlich § 2 Absatz 2 hin:

(2) Der Tag, an dem der Staatsvertrag nach seinem § 17 in Kraft tritt, ist im Gesetz- und Verordnungsblatt für Berlin bekannt zu machen.

Senator Dr. Ehrhart Körting (SenInnSport) erklärt, der Staatsvertrag regle Versorgungslasten zwischen den Ländern und dem Bund für die Fälle, in denen ein Beamter bund- oder länderübergreifend den Dienstherrn wechsele. Bisher sei dieses im Beamtenversorgungsgesetz geregelt gewesen, das jetzt jedoch nicht mehr Bundesrecht sei. Entsprechend der Regelung im Staatsvertrag müsse beim Wechsel eines Beamten ein bestimmter Pauschalbetrag gezahlt werden. Diese Regelung sei vernünftig, weil sie der Vereinfachung diene. – Das Monitum des Wissenschaftlichen Parlamentsdienstes sei berechtigt.

Benedikt Lux (Grüne) stellt klar, seine Fraktion hege keinen Zweifel an der Notwendigkeit der Regelung. Allerdings müssten bis zu der Sitzung im Hauptausschuss noch ein paar Fragen beantwortet werden, weshalb die Grünen sich bei der Abstimmung im Innenausschuss enthielten. Welche Beamtenabwanderungen aus Berlin in welchen Besoldungsgruppen würden prognostiziert? Welche Daten lägen den Berechnungen zugrunde? Wie könne Berlin mit interessanten Stellen und attraktiver Besoldung Beamtinnen und Beamte gewinnen?

Senator Dr. Ehrhart Körting (SenInnSport) erwidert, es könnten nur Schätzungen vorgenommen werden. Die Senatsverwaltung für Finanzen werde ihre Berechnungen in der entsprechenden Hauptausschusssitzung vortragen. Sie gehe davon aus, dass für das Land Berlin das pauschalierte Verfahren wegen der höheren Anzahl von Ab- als von Zugängen auf lange Sicht günstiger sei. In den ersten Jahren müsse jedoch mit Mehrbelastungen in einer Höhe zwischen 170 Tausend Euro und 4,4 Millionen Euro gerechnet werden. Dieser Mehraufwand wäre jedoch nach vier bis sieben Jahren kompensiert.

Der **Ausschuss** beschließt bei Enthaltung der Grünen, der Gesetzesvorlage mit der vom WPD vorgeschlagenen Änderung zuzustimmen.

Punkt 3 der Tagesordnung

Besondere Vorkommnisse

Es gab keine Wortmeldungen.

Punkt 4 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll!
